

Leitlinien für die Sozialversicherungspolitik in der 21. Legislaturperiode

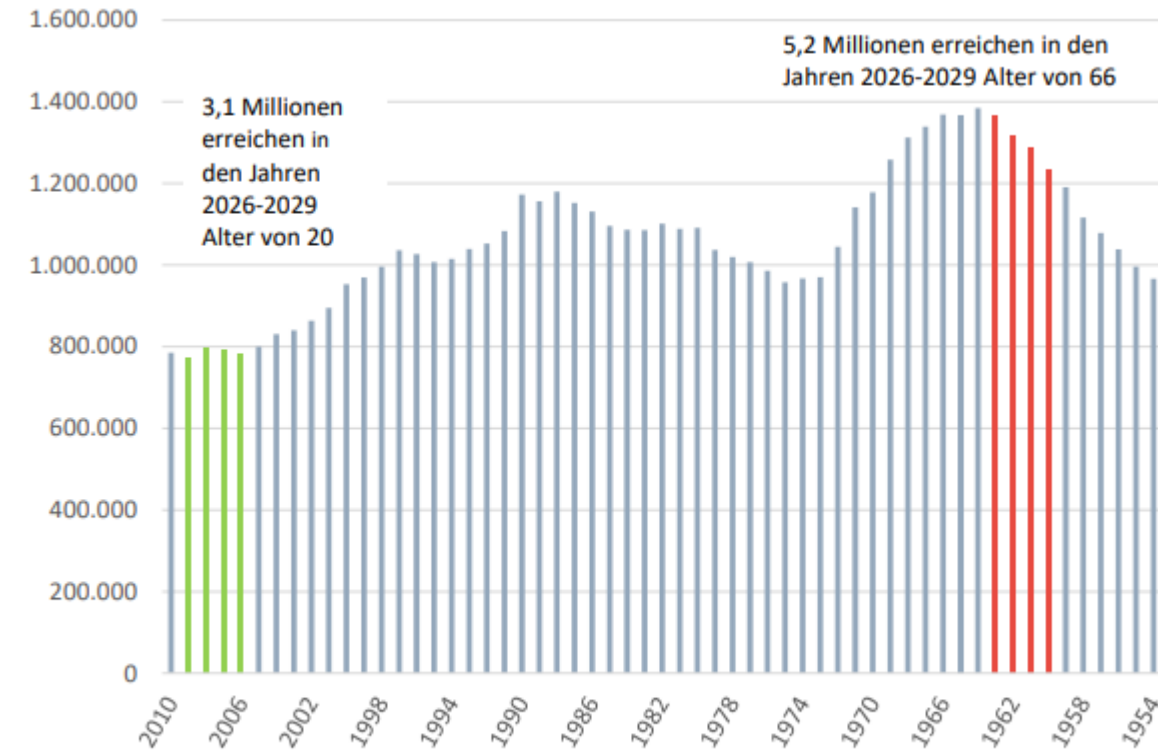


1

Demografischer Wandel –
ab jetzt wirksam!

Der demografische Wandel wird jetzt wirksam!

Bevölkerung nach Geburtsjahr (am 31.12.2023)



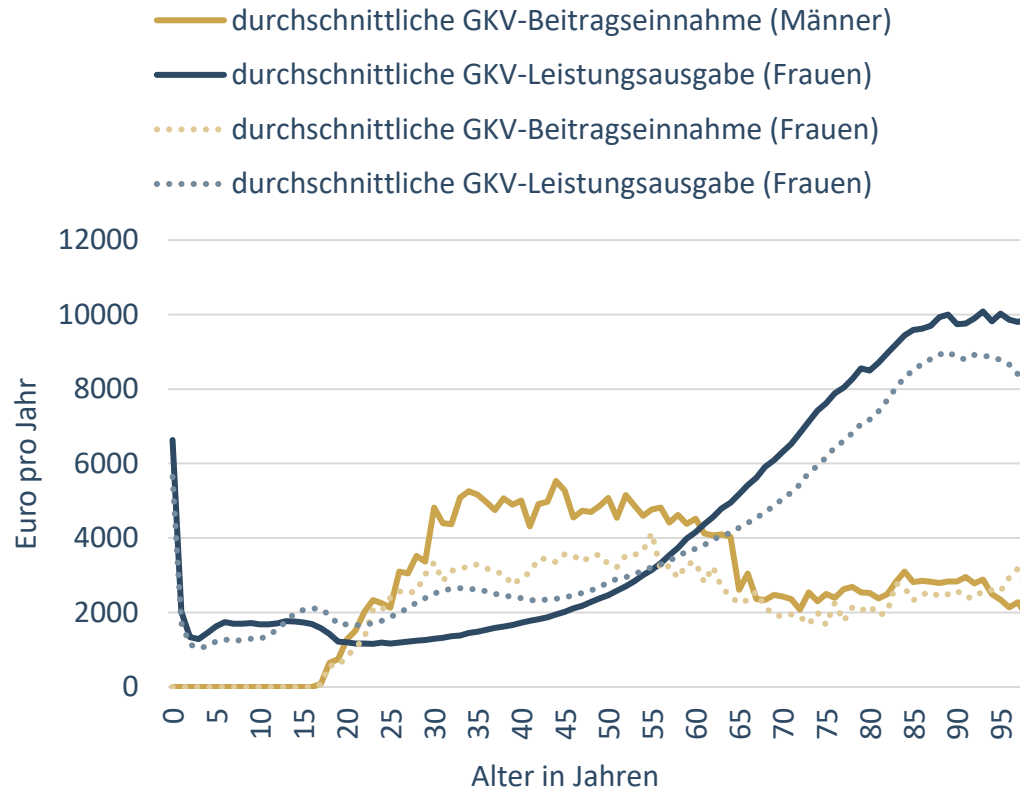
Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle: Hammermann, Andrea et al., 2024, Agenda 2030, Arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen für die Jahre 2025-2029, IW-Policy Paper, Nr. 12, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/andrea-hammermann-jochen-pimpertz-holger-schaefer-christoph-schroeder-stefanie-seele-oliver-stettes-sandra-vogel-arbeitsmarktpolitische-weichenstellungen-fuer-die-jahre-2025-2029.html>

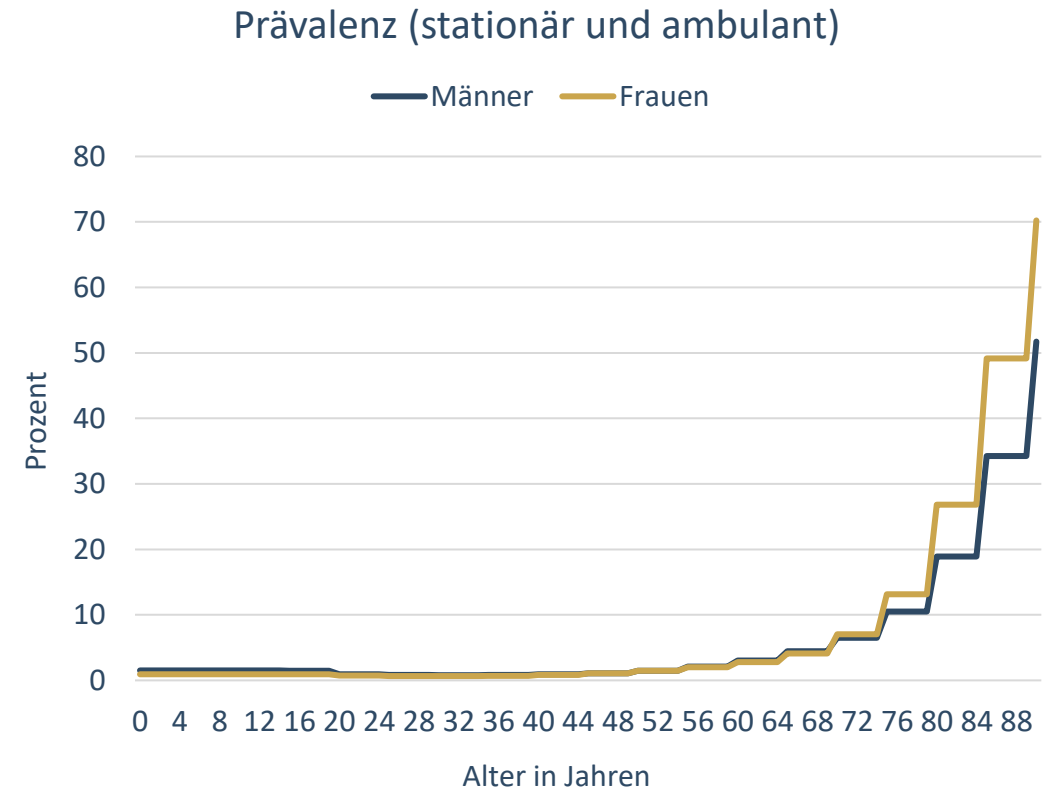
Nicht nur eine Frage der Rente

Leistungsausgaben und Beitragsaufkommen pro Kopf, 2023

Gesetzliche Krankenversicherung



Gesetzliche Pflegeversicherung



Quelle: Beznoska, Martin / Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2023, Wie beeinflusst die Demografie das Solidaritätsprinzip in der GKV? in: Sozialer Fortschritt, 72. Jg., Heft 6, S. 499-517, <https://doi.org/10.3790/sfo.72.6.499>; Bundesministerium für Gesundheit, 2024, eigene Berechnungen

40-Prozent-Ziel in weiter Ferne

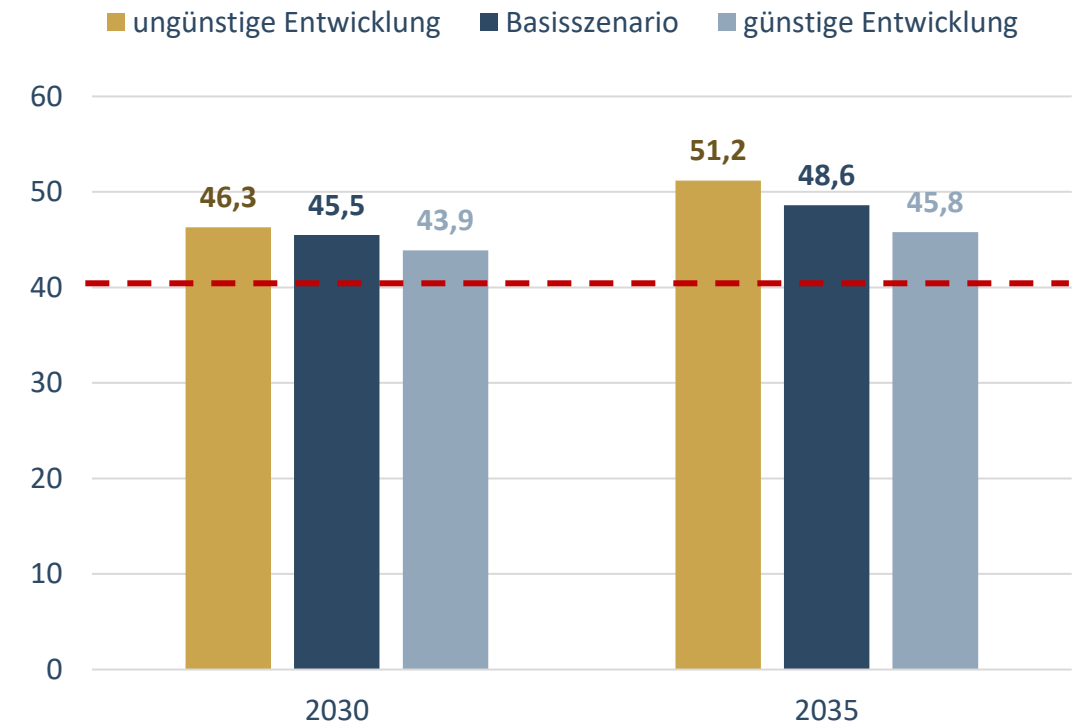
Ausgangslage

Beitragssatzsumme

- Beitragssätze zur GRV, ALV, GKV und SPV
(ohne UV, SPV: allgemeiner Beitragssatz)

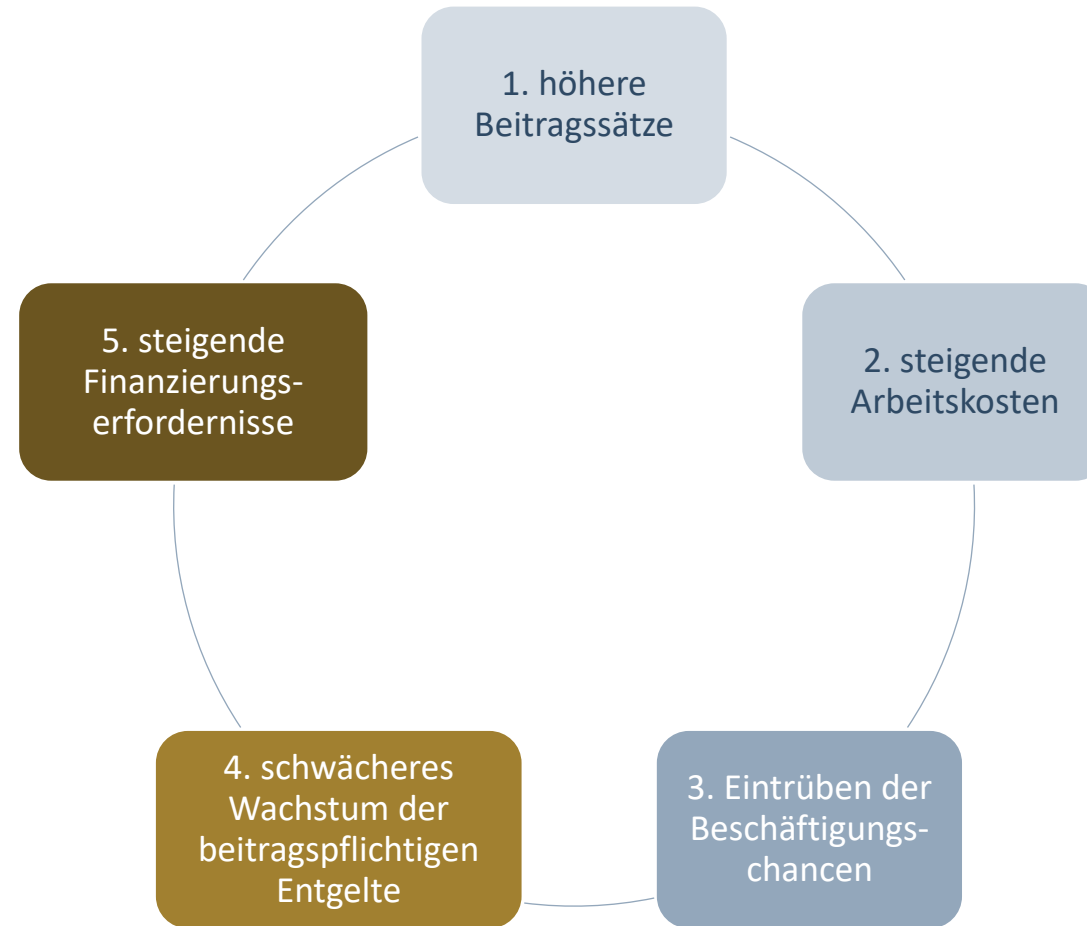
2015	39,55 Prozent
2023	40,45 Prozent (1. Halbjahr) 40,80 Prozent (2. Halbjahr)
2024	40,9 Prozent
2025	42,0 Prozent (plus X)
2030	45,5 Prozent
2035	48,6 Prozent

Beitragssatzprognose 2035



Beitragssatzprognose des IGES-Instituts im Auftrag der DAK-Gesundheit, incl. Rentenpaket II, Krankenhausreform (KHVVG incl. Finanzierung Transformationsfonds) und Dynamisierung der Pflegeleistungen; Stand: Juni 2024
Quelle: Ochmann, Richard / Albrecht, Martin, 2024, Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung. Szenarien-basierte Projektion bis zum Jahr 2035 für die DAK-Gesundheit

Es droht eine Negativspirale



Grundlegende Zusammenhänge

Zwischen Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Sozialversicherung

- Gesetzliche Sozialversicherung wird aus umverteiltem Markteinkommen finanziert (zum überwiegenden Teil über zwangsweise erhobene Beiträge).
- Ob Rente, Gesundheit oder Pflege, mit der Bevölkerungsalterung steigen die Finanzierungserfordernisse (bei unverändertem Leistungsversprechen).
- Debatten über eine vermeintlich gerechtere Verteilung der Beitragslasten (Beitragsbemessungsgrundlage, pflichtversicherter Personenkreis, höhere Steuerzuschüsse) können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Beitragsbelastung steigt.
- Höhere Beitragsbelastungen erhöhen die Arbeitskosten unmittelbar, darüber hinaus mittelbar, wenn Arbeitnehmer mindestens das bisherige Nettolohnniveau durchsetzen (zunehmend knappes Arbeitsangebot).

2

Rentenpolitische Agenda

Um was es eigentlich geht ...

Wie ernst nehmen wir es mit der Norm „Regelaltersgrenze“?

Adobe Stock | #24341373

Adobe Stock #24341373

Quelle: https://stock.adobe.com/de/search?k=%22rosa+elefant%22&asset_id=24341373 [04.11.2024], kostenlose Testversion

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

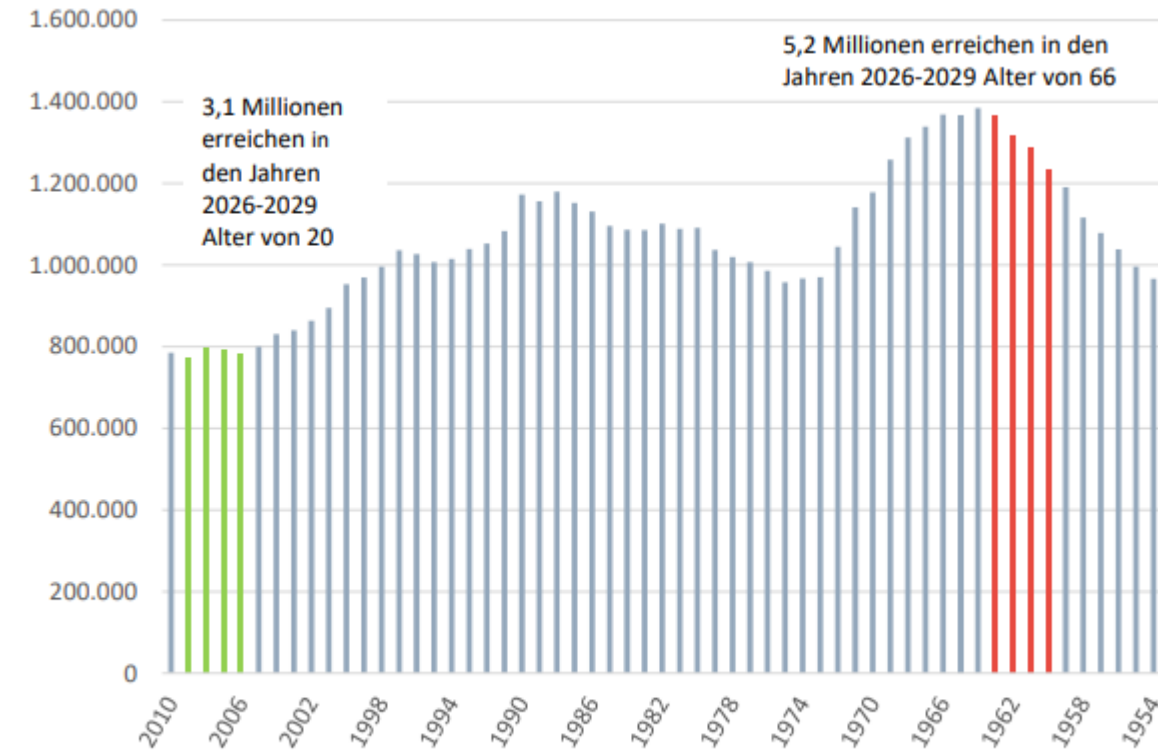
Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen
 - „2 zu 1-Regel“
(1 Jahr längere Lebenserwartung erhöht die Regelaltersgrenze um 8 Monate und den Rentenbezug um 4 Monate)

oder:
 - Fortführung der derzeitigen Anhebung um 2 Monate mit jeder folgenden Kohorte
 - Planbarkeit privater und betrieblicher Vorsorge
 - Planbarkeit von Weiterbildungs- und Qualifikationsbedarfen

Der demografische Wandel wird jetzt wirksam!

Bevölkerung nach Geburtsjahr (am 31.12.2023)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle: Hammermann, Andrea et al., 2024, Agenda 2030, Arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen für die Jahre 2025-2029, IW-Policy Paper, Nr. 12, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/andrea-hammermann-jochen-pimpertz-holger-schaefer-christoph-schroeder-stefanie-seele-oliver-stettes-sandra-vogel-arbeitsmarktpolitische-weichenstellungen-fuer-die-jahre-2025-2029.html>

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen

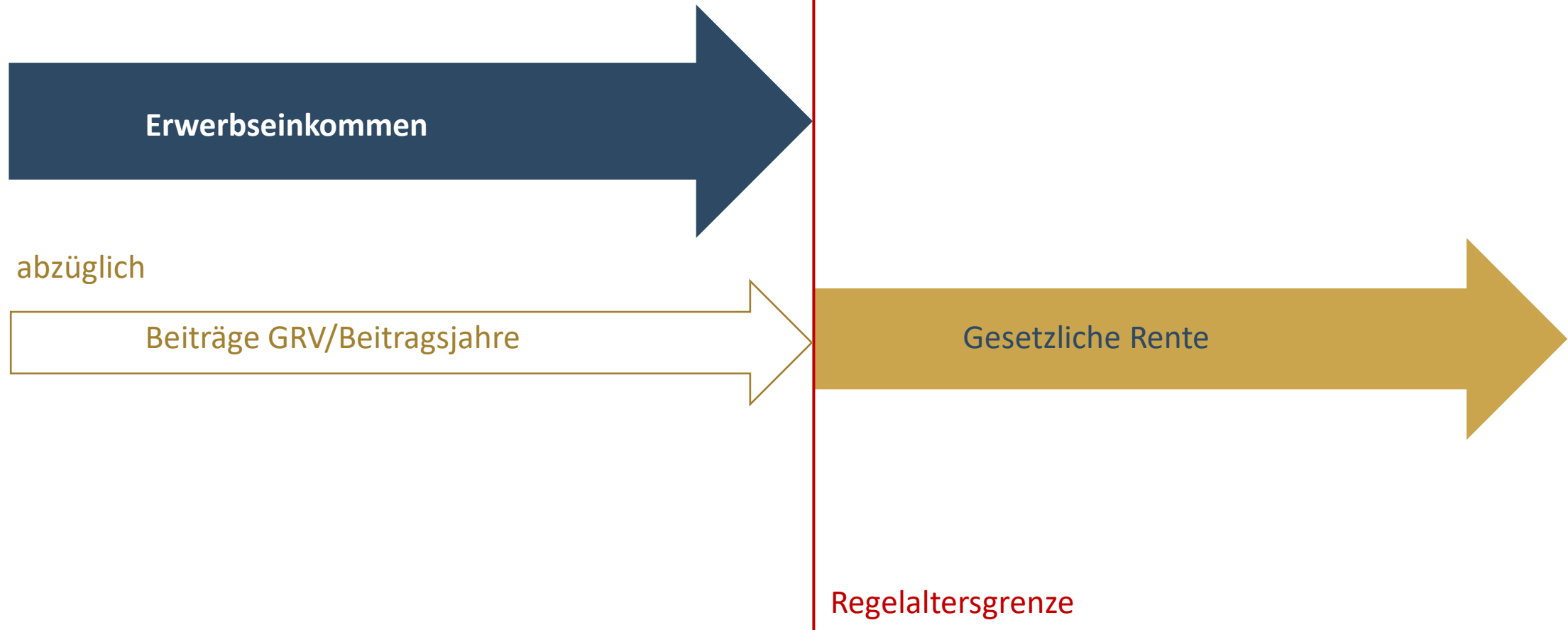
Kurzfristig notwendig

Grundsatz „Rente ersetzt Arbeitseinkommen“

Regelaltersgrenze

Erwerbsphase

Ruhestand



Eigene Darstellung

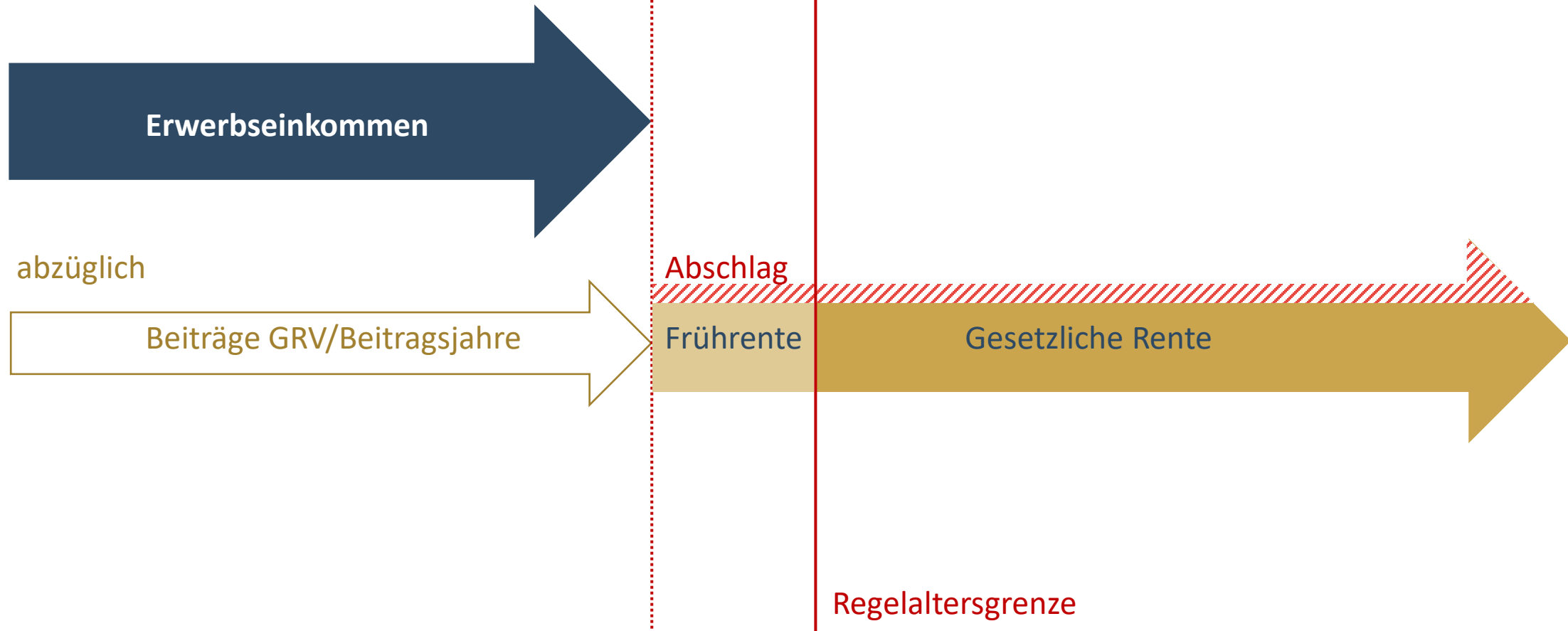
Grundsatz „Rente ersetzt Arbeitseinkommen“

Vorgezogener Rentenbezug mit Abschlägen

Erwerbsphase

Vor-

Ruhestand



Eigene Darstellung

Vorgezogener Rentenbezug ohne Abschlag

Monatliche Bruttorente und Barwert des Rentenbezugs

Im Alter von Jahren	Beitragsjahre	Abschlag/ Bonus	„Barwert“ der monatlichen Bruttorente zum 1.7.2024	Rentenbezugsjahre	„Barwert“ des Rentenbezugs zum 1.7.2024
		In Prozent	In Euro	Bis 2046	In Euro
64,5	45		1.733,1	21	350.664
65,5	46		1.770,2	20	346.764
66,5	47		1.807,4	19	341.372

Eigene Berechnung.

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen

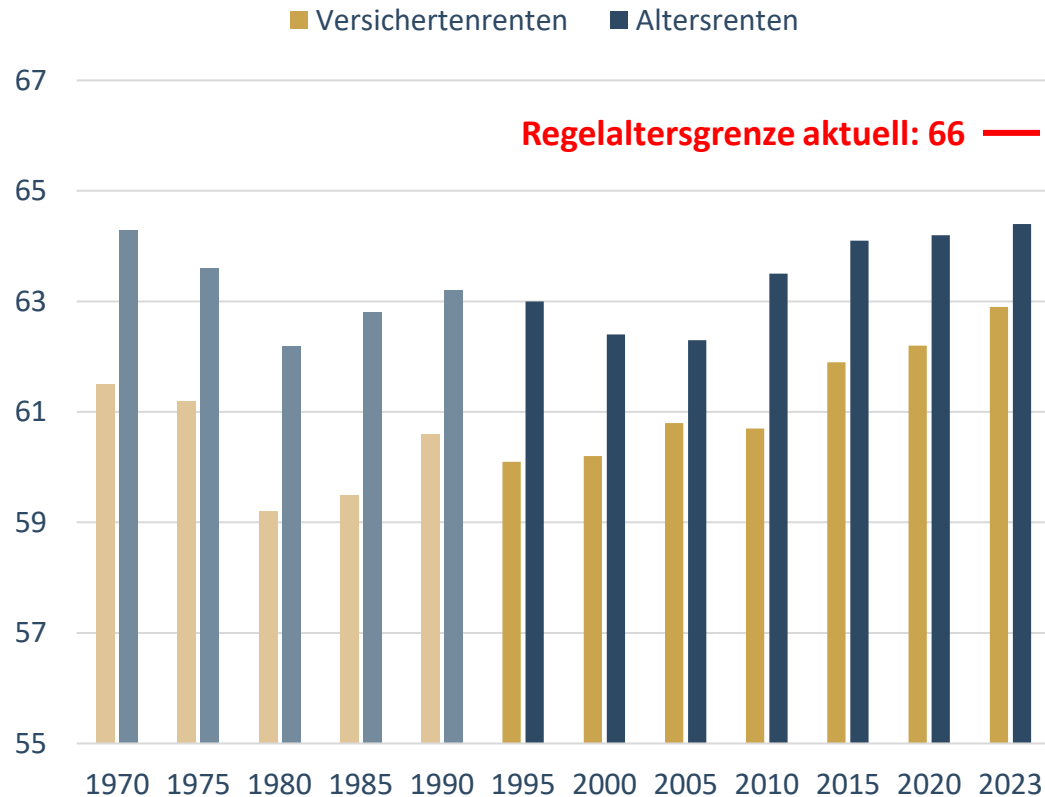
Kurzfristig notwendig

- Abschaffung des vorzeitigen Rentenbezugs ohne Abschläge
 - Frühverrentungsanreiz kontraproduktiv
 - nicht budget- bzw. belastungsneutral für GRV

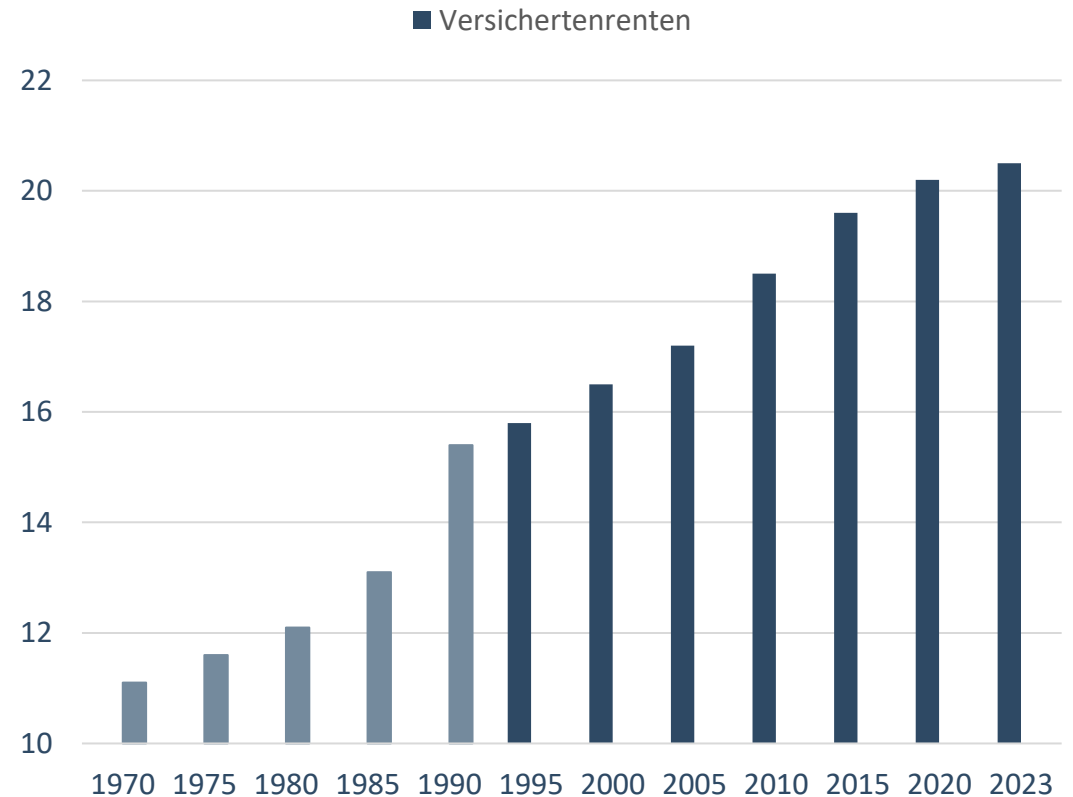
Problemfall vorzeitiger Rentenbezug

Eine Frage der gesellschaftlichen Normen, aber auch der Abschlaghöhe

Rentenzugangsalter, in Jahren



Durchschnittliche Rentenbezugsdauer, in Jahren



Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, 2024, Rentenversicherung in Zeitreihen, Oktober 2024

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen

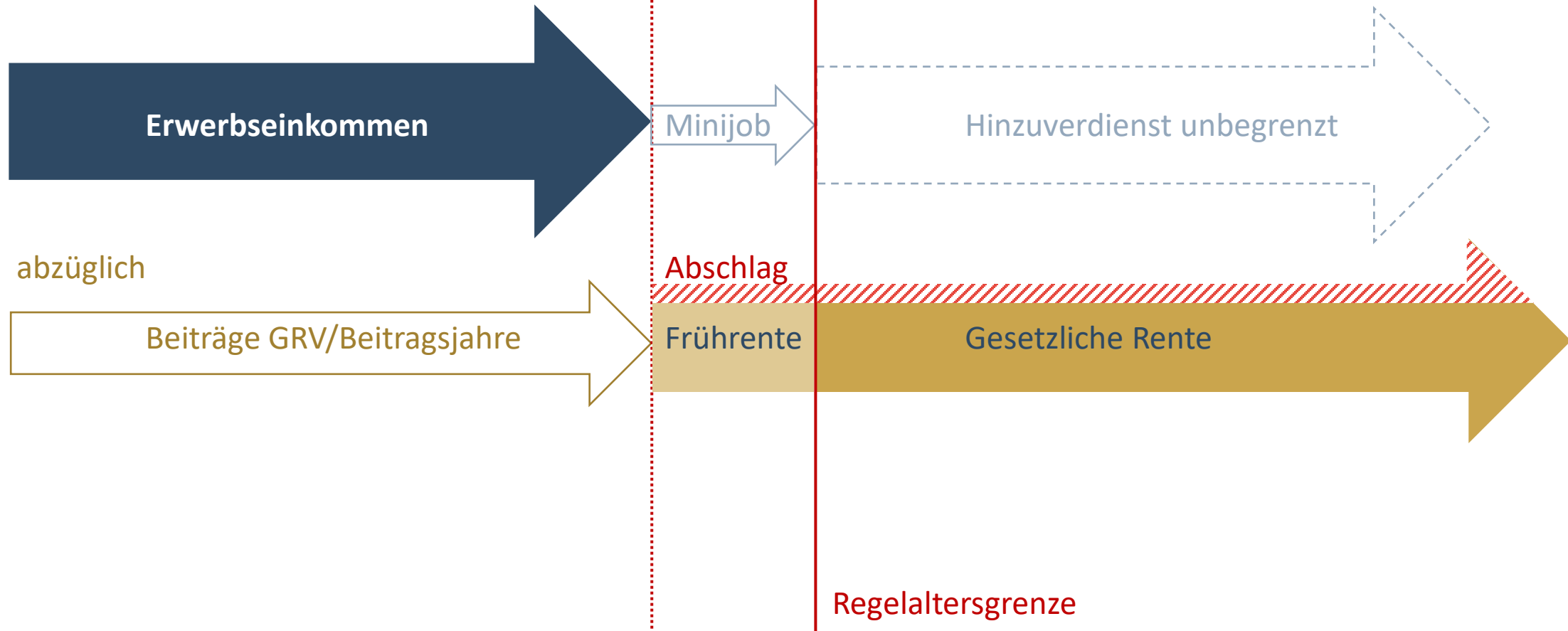
Kurzfristig notwendig

- Abschaffung des vorzeitigen Rentenbezugs ohne Abschläge
- Anhebung der Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug
 - Ziel: Angleichung von durchschnittlichem Zugangsalter an Regelaltersgrenze
- Begrenzung des Zeitraums für vorgezogenen Rentenbezug
 - max. 3 Jahre statt „Rente ab 63“

Begrenzung von „Frühverrentungsanreizen“

Hinzuverdienstgrenze im Vorruhestand ab 63 Jahre

Erwerbsphase



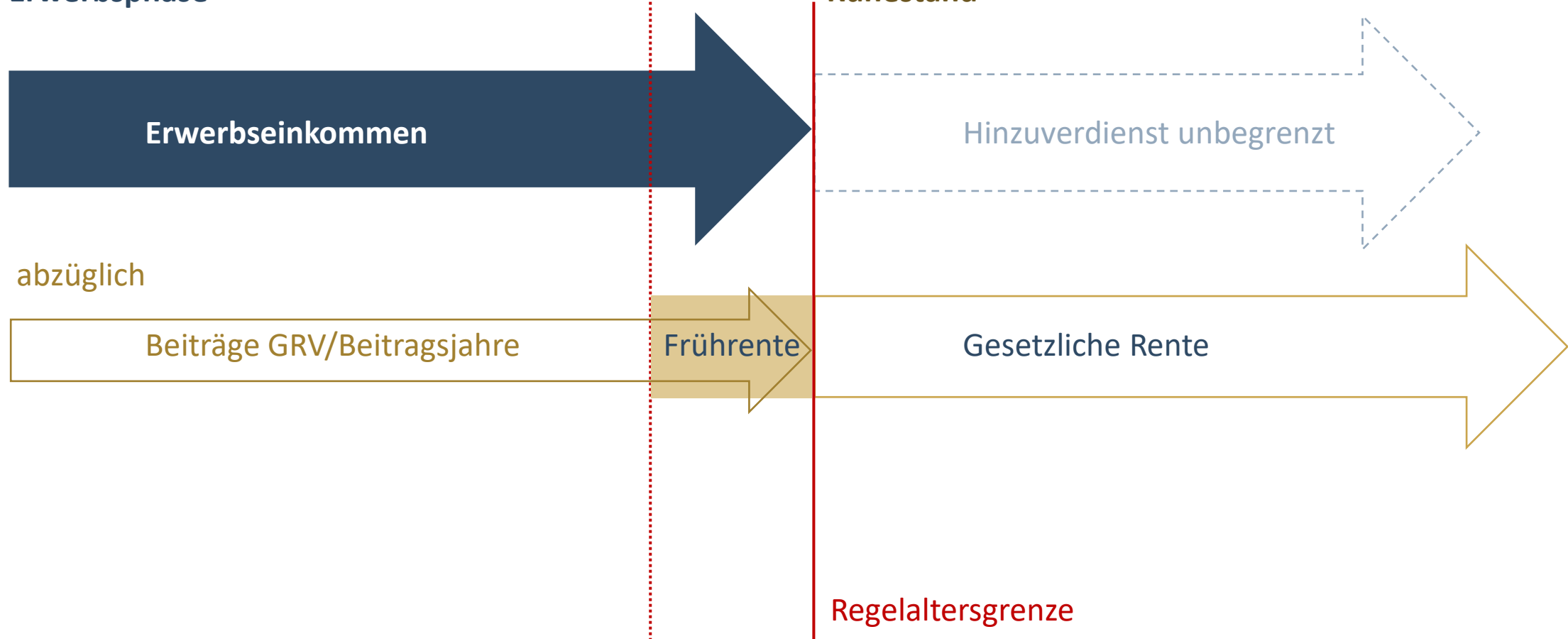
Eigene Darstellung

Ein rentenpolitisches Problem?

Wegfall der Hinzuverdienstgrenze im Vorruhestand

Erwerbsphase

Ruhestand



Eigene Darstellung

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen

Kurzfristig notwendig

- Abschaffung des vorzeitigen Rentenbezugs ohne Abschläge
- Anhebung der Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug
- Begrenzung des Zeitraums für vorgezogenen Rentenbezug
- Evaluation Wegfall Hinzuverdienstgrenze
 - Paralleler Bezug von vorgezogener Rente und Arbeitsentgelt
 - ggf. Hinzuverdienstgrenze bei vorzeitigem Bezug

Braucht es zusätzliche Anreize für ein längeres Arbeitsleben?

Rentenrecht „incentiviert“ längere Erwerbsbiografie

Erstmaliger Rentenbezug	Im Alter von Jahren	Beitragsjahre	Abschlag/ Bonus	„Barwert“ der monatlichen Bruttorente zum 1.7.2024	Rentenbezugsjahre	„Barwert“ des Rentenbezugs zum 1.7.2024
Zum 1.7.			In Prozent	In Euro	Bis 2046	In Euro
2024	63,5	40	- 10,8	1.377	22	283.484
2025	64,5	41	- 7,2	1.466	21	296.490
2026	65,5	42	- 3,6	1.558	20	305.213
2027	66,5	43		1.654	19	312.319
2028	67,5	44	6,0	1.793	18	322.545
2029	68,5	45	12,0	1.937	17	330.879

Quelle: Pimpertz, Jochen, 2023, Länger arbeiten lohnt sich im Alter, IW-Kurzbericht, Nr. 65, <https://www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-ruth-maria-schueler-lohnt-sich-der-hinzuverdienst-bei-vorgezogenem-rentenbezug.html>

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen

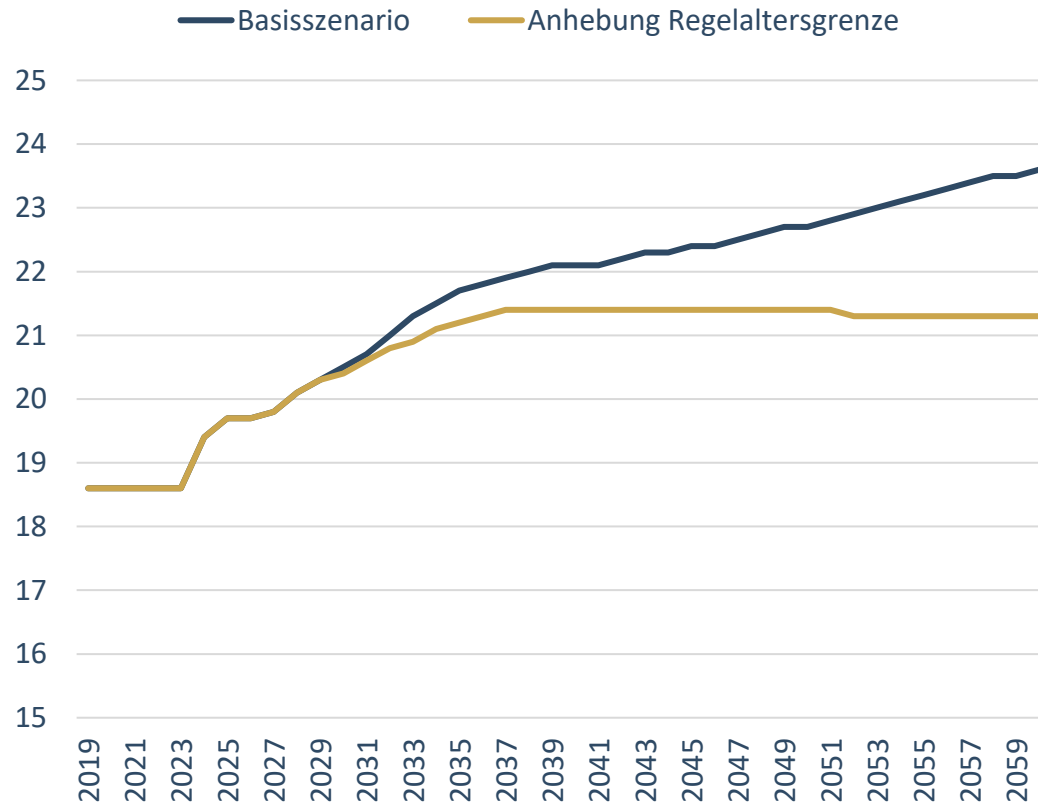
Kurzfristig notwendig

- Abschaffung des vorzeitigen Rentenbezugs ohne Abschläge
- Anhebung der Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug
- Begrenzung des Zeitraums für vorgezogenen Rentenbezug
- Evaluation Wegfall Hinzuverdienstgrenze
- Abgabenprivilegierung für Silver Worker ?
 - Verstoß gegen Besteuerung nach Leistungsfähigkeit
 - keine sozialpolitische Begründung, Mitnahmeeffekte

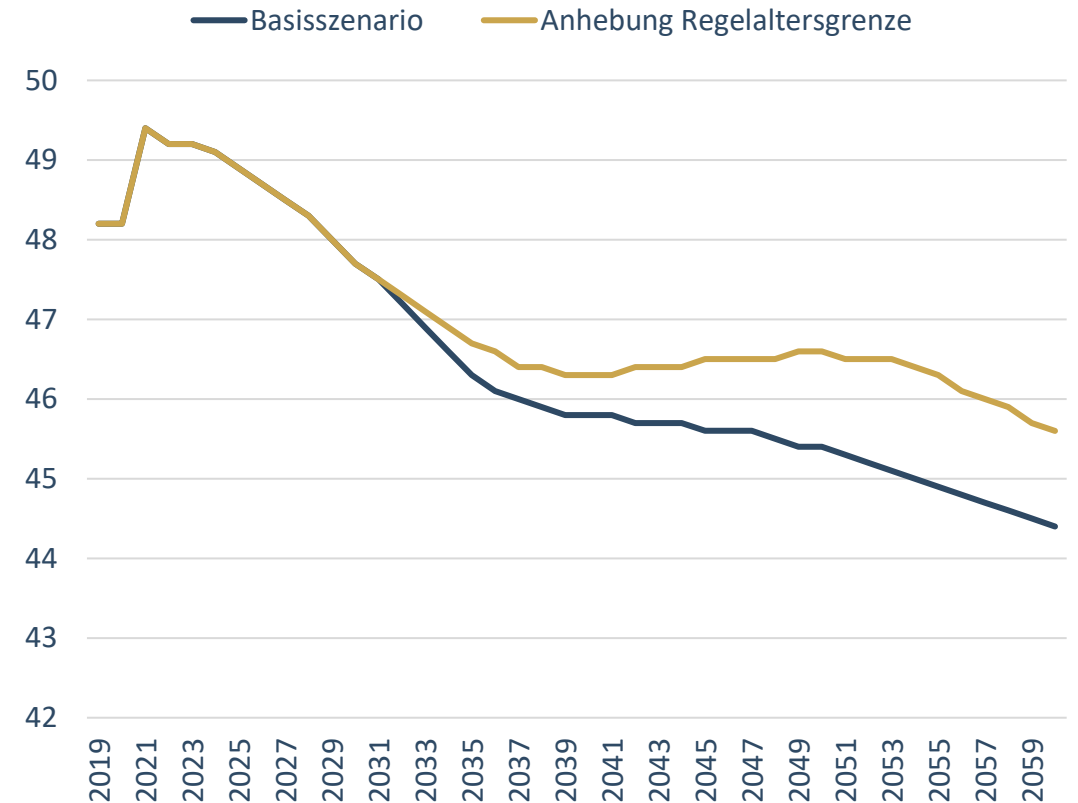
Wie ernst nehmen wir es mit der Regelaltersgrenze?

Simulation im IW-Generationenkontenmodell, Basisjahr 2019

Beitragssatz in Prozent



Sicherungsniveau vor Steuern in Prozent



Quelle: Pimpertz, Jochen / Schüler, Ruth Maria, 2021, Alterssicherung im Spiegel der Wahlprogramme, IW-Policy Paper, Nr. 17, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-ruth-maria-schueler-alterssicherung-im-spiegel-der-wahlprogramme.html>

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen
 - Regelgebundene Rentenanpassung fortsetzen
 - Langfristig sinkendes Sicherungsniveau
 - Berechenbarkeit des privaten Vorsorgebedarfs
- ⇒ Stabilisierung individueller Erwartungen

Kurzfristig notwendig

- Abschaffung des vorzeitigen Rentenbezugs ohne Abschläge
- Anhebung der Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug
- Begrenzung des Zeitraums für vorgezogenen Rentenbezug
- Evaluation Wegfall Hinzuverdienstgrenze
- Abgabenprivilegierung für Silver Worker ?

Rentenhöhe kein Indikator für Unterstützungsbedarf

Anteil der eigenen GRV-Rente am Haushaltsbruttoeinkommen (2023)

Paarhaushalte

Rente	Anteil	Durchschnitt Bruttorente	Bruttoein- kommen Haushalt
< 500 €	4 %	317 €	5.310 €
500 – 1.000 €	9 %	770 €	4.849 €
gesamt	100 %	2.267 €	4.462 €

Alleinstehende Männer

Rente	Anteil	Durchschnitt Bruttorente	Bruttoein- kommen Haushalt
< 500 €	8 %	274 €	2.752 €
500 – 1.000 €	12 %	767 €	1.692 €
gesamt	100 %	1.560 €	2.528 €

Alleinstehende Frauen

Rente	Anteil	Durchschnitt Bruttorente	Bruttoein- kommen Haushalt
< 500 €	6 %	299 €	1.733 €
500 – 1.000 €	15 %	786 €	1.570 €
gesamt	100 %	1.512 €	2.084 €

Quelle: Bundesregierung, 2024, Alterssicherungsbericht 2024, <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/rentenversicherungsbericht-art.html>

Rentenpolitische Agenda

Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots, Begrenzung der Rentenlast

Langfristig wirksam

- Regelaltersgrenze nach 2031:
langfristig anheben, kurzfristig ankündigen
- Regelgebundene Rentenanpassung fortsetzen
- Sozialpolitischen Handlungsbedarf systemgerecht adressieren
 - Rente ist kein Indikator für sozialpolitischen Handlungsbedarf
 - Hilfen treffsicher adressieren (Bedürftigkeitsprüfung)

Kurzfristig notwendig

- Abschaffung des vorzeitigen Rentenbezugs ohne Abschläge
- Anhebung der Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug
- Begrenzung des Zeitraums für vorgezogenen Rentenbezug
- Evaluation Wegfall Hinzuverdienstgrenze
- Abgabenprivilegierung für Silver Worker ?

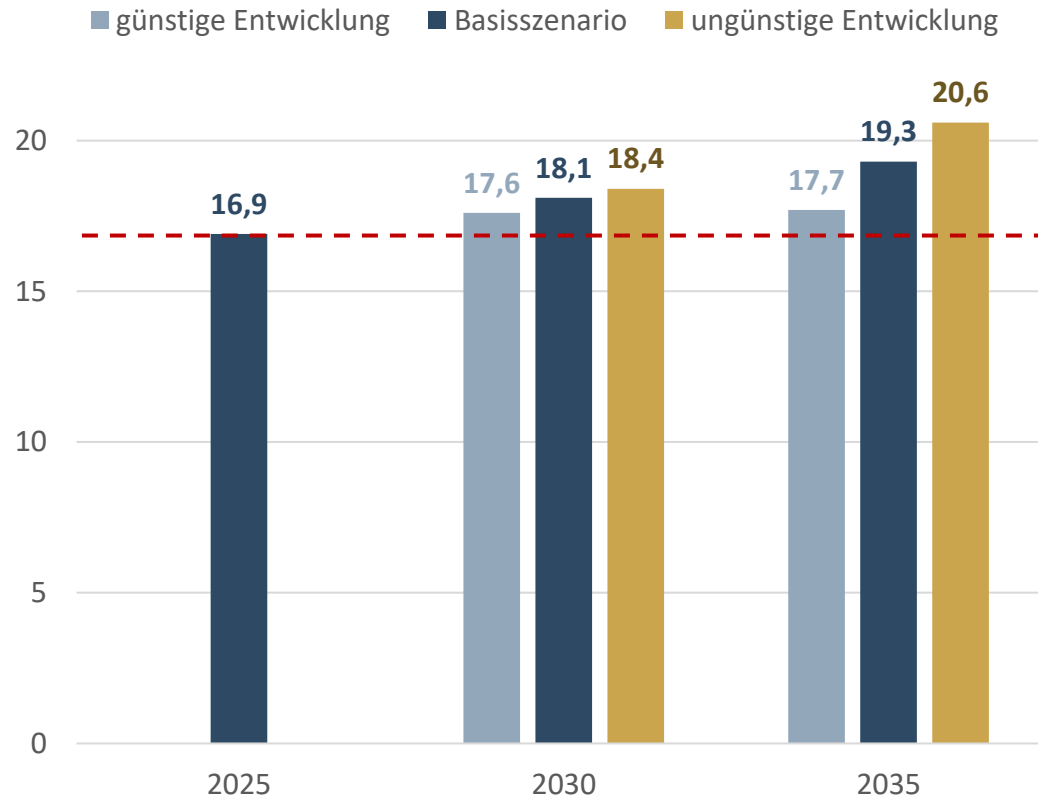
3

Leitlinien für die Gesundheitspolitik

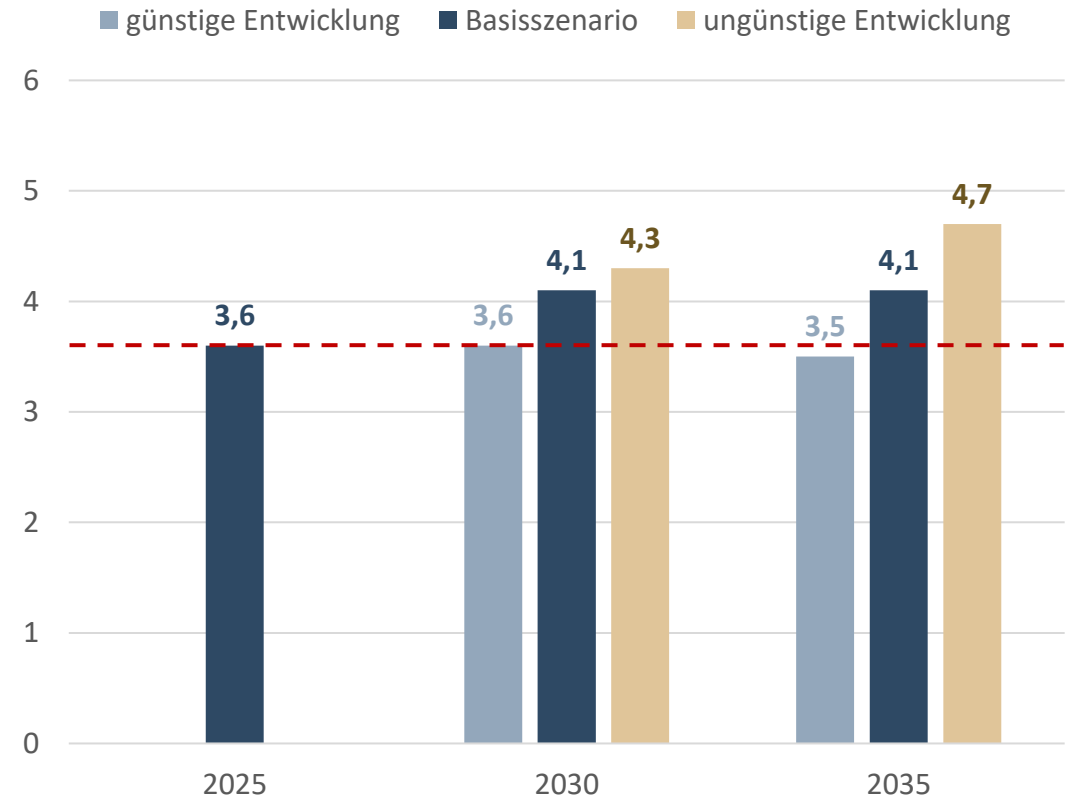
Beitragssatzentwicklung in der GKV und SPV bremsen

Simulation IGES-Institut für die DAK-Gesundheit

Beitragssatzentwicklung GKV in Prozent



Beitragssatzentwicklung SPV in Prozent



Quelle: Ochmann/Albrecht, 2024

Leitlinien für eine Reformagenda in der Gesundheitspolitik

GKV / SPV

Irreführende Argumente

- Ausgabenorientierte Einnahmenpolitik
 - Finanzierung folgt Finanzierungserfordernissen

Gegenargument

- Wechselwirkung Arbeitsmarkt und Sozialpolitik
 - Arbeitskosten und Beschäftigungschancen
 - Beschäftigung und Bemessungsgrundlage Beitragsfinanzierung

Leitlinien für eine Reformagenda in der Gesundheitspolitik

GKV / SPV

Irreführende Argumente

- Ausgabenorientierte Einnahmenpolitik
- gerechtere Lastverteilung
 - Beitragsbemessungsgrenze, Bemessungsgrundlage, pflichtversicherter Personenkreis, Steuerzuschüsse

Gegenargument

- Wechselwirkung Arbeitsmarkt und Sozialpolitik
- Beitragsbelastung steigt für UN und AN auch bei vermeintlich stabilem Beitragssatz
 - Finanzierungserfordernisse steigen allein aufgrund der Demografie
 - De facto geht es um zusätzliche Finanzierungsquellen

Leitlinien für eine Reformagenda in der Gesundheitspolitik

GKV / SPV

Irreführende Argumente

- Ausgabenorientierte Einnahmenpolitik
- gerechtere Lastverteilung
- medizinische/pflegerische Versorgung als Auftrag der staatlichen Daseinsvorsorge

Gegenargument

- Wechselwirkung Arbeitsmarkt und Sozialpolitik
 - Beitragsbelastung steigt für UN und AN auch bei vermeintlich stabilem Beitragssatz
 - Politische Entscheidungsträger tragen keine Gewähr für Erfüllbarkeit der Leistungsversprechen
 - Arbeitskräfteengpass erreicht auch Medizin/Pflege
- ⇒ wünschenswerte Versorgungs- und Qualitätsstandards personell nicht mehr darstellbar

Steuerfinanzierte Gesundheitsleistungen?

Gute Begründungen, schlechte Begründungen

Versicherungsfremde Leistungen

- „kostendeckende“ Pauschalbeiträge
 - der Sozialhilfeträger für ihre Leistungsbezieher
- ⇒ Versorgung Bedürftiger als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Transformationsfonds KHVVG
- Rentenversicherungsbeiträge pflegende Angehörige
- Ausbildungskosten Pflegeberufe

⇒ Einmaliger Effekt

⇒ Kein dauerhafter Beitrag zur Beitragssatzentlastung

Steuerfinanzierte Leistungen

- Stabilisierung Beitragssatzniveau durch dauerhafte Steuerzuschüsse
 - Dauerhaft steigender Bedarf
 - Begrenzung wirtschafts- und sozialpolitischer Gestaltungsspielräume des Staates
 - Erhöhter Druck auf Steuerpolitik
 - Abhängigkeit der medizinischen und pflegerischen Versorgung von
 - Prioritätensetzung wechselnder Bundesregierungen
 - Gestaltungsspielraum Finanzministerium

Leitlinien für eine Reformagenda in der Gesundheitspolitik

GKV / SPV

- **Keine zusätzlichen Leistungsversprechen** mehr in GKV und SPV
 - Insbesondere: Finanzierung Transformationsfonds Krankenhausreform (KHVVG) nicht zulasten GKV-Beitragszahler
 - Insbesondere: keine Vollkostendeckung bei stationärer Pflege

Stationäre Pflegekosten tragbar

Wieviel Prozent der Rentnerhaushalte hätten 2023 den Eigenanteil an den stationären Pflegekosten für eine Person aus eigener Kraft (Einkommen und Vorsorgevermögen) finanzieren können?

Unter Einbeziehung selbstgenutzter Immobilien

Dauer der vollstationären Pflege	Bislang ohne Pflegebedarf	Mit einem ambulant pflegebedürftigen Mitglied
1 Jahr	72,1	64,8
2 Jahre	71,2	65,3
3 Jahre	70,9	66,7
4 Jahre	71,3	67,3
5 Jahre	71,9	68,6

Quelle: Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2024, Vorsorge für den stationären Pflegefall: Wie lange reichen Vermögen und Einkommen deutscher Rentnerhaushalte?, IW-Gutachten im Auftrag des Verbands der Privaten Krankenversicherung e. V., <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-maximilian-stockhausen-wie-lange-reichen-vermoegen-und-einkommen-deutscher-rentnerhaushalte.html>

Stationäre Pflegekosten tragbar

Wieviel Prozent der Rentnerhaushalte hätten 2023 den Eigenanteil an den stationären Pflegekosten für eine Person aus eigener Kraft (Einkommen und Vorsorgevermögen) finanzieren können?

Unter Einbeziehung selbstgenutzter Immobilien

Dauer der vollstationären Pflege	Bislang ohne Pflegebedarf	Mit einem ambulant pflegebedürftigen Mitglied
1 Jahr	72,1	64,8
2 Jahre	71,2	65,3
3 Jahre	70,9	66,7
4 Jahre	71,3	67,3
5 Jahre	71,9	68,6

Ohne Einbeziehung selbstgenutzter Immobilien

Dauer der vollstationären Pflege	Bislang ohne Pflegebedarf	Mit einem ambulant pflegebedürftigen Mitglied
1 Jahr	55,9	49,3
2 Jahre	52,9	48,9
3 Jahre	52,5	49,8
4 Jahre	54,1	51,8
5 Jahre	55,4	54,5

Quelle: Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2024, Vorsorge für den stationären Pflegefall: Wie lange reichen Vermögen und Einkommen deutscher Rentnerhaushalte?, IW-Gutachten im Auftrag des Verbands der Privaten Krankenversicherung e. V., <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-maximilian-stockhausen-wie-lange-reichen-vermoegen-und-einkommen-deutscher-rentnerhaushalte.html>

Leitlinien für eine Reformagenda in der Gesundheitspolitik

GKV / SPV

- **Keine zusätzlichen Leistungsversprechen** mehr in GKV und SPV
 - Insbesondere: Finanzierung Transformationsfonds Krankenhausreform (KHVVG) nicht zulasten GKV-Beitragszahler
 - Insbesondere: keine Vollkostendeckung bei stationärer Pflege
- Von der ausgabenorientierten Einnahmenpolitik hin zur **einnahmenorientierten Ausgabenpolitik**
- Begrenzung solidarischer Beitragsfinanzierung, **ergänzende kapitalgedeckte Finanzierungssäule**
 - Kostenerstattung statt Sachleistungsanspruch
 - Wahlfreiheiten bezüglich konkurrierender Versorgungsmodelle im Rahmen der prämienfinanzierten zweiten Säule

⇒ Statt umlagefinanzierte GKV-Bürgerversicherung für alle GKV-Versicherten Wahlfreiheiten analog zu privat krankenversicherten Personen
- **Marktwirtschaftliche Steuerungselemente** statt zentralstaatlicher Lenkung (-sillusion)
- **Gesundheitspolitik am Machbaren messen, nicht am Wünschenswerten**

Anhang 1

Dauerhafte Belastung der
GRV bei vorzeitigem
Rentenbezug mit Abschlag

Illusion „versicherungsmathematisch fairer“ Abschläge

Vorfinanzierungseffekte bei vorgezogenem Rentenbezug mit Abschlag

Vorzeitiger Rentenbezug einmalig (eine Kohorte)

	Periode											
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Beitragszahler-Jahrgang												
1-44	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400
45	100	0	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Beitragszahler insgesamt	4.500	4.400	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
Rentner-Jahrgang												
0	0	90	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	100	100	90	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2	100	100	100	90	100	100	100	100	100	100	100	100
3	100	100	100	100	90	100	100	100	100	100	100	100
4	100	100	100	100	100	90	100	100	100	100	100	100
5	100	100	100	100	100	100	90	100	100	100	100	100
6	100	100	100	100	100	100	100	90	100	100	100	100
7	100	100	100	100	100	100	100	100	90	100	100	100
8	100	100	100	100	100	100	100	100	100	90	100	100
9	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	90	100
Rentenbestand	900	990	890	890	890	890	890	890	890	890	890	900
Rentner-Beitragszahler-Quotient	0,200	0,225	0,198	0,198	0,198	0,198	0,198	0,198	0,198	0,198	0,198	0,200

Vorzeitiger Rentenbezug (alle folgenden Kohorten)

	Periode											
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Beitragszahler-Jahrgang												
1-44	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400
45	100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beitragszahler insgesamt	4.500	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400
Rentner-Jahrgang												
0	0	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90
1	100	100	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90
2	100	100	100	90	90	90	90	90	90	90	90	90
3	100	100	100	100	90	90	90	90	90	90	90	90
4	100	100	100	100	100	90	90	90	90	90	90	90
5	100	100	100	100	100	100	90	90	90	90	90	90
6	100	100	100	100	100	100	100	90	90	90	90	90
7	100	100	100	100	100	100	100	100	90	90	90	90
8	100	100	100	100	100	100	100	100	100	90	90	90
9	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	90	90
Rentenbestand	900	990	980	970	960	950	940	930	920	910	900	900
Rentner-Beitragszahler-Quotient	0,200	0,225	0,223	0,220	0,218	0,216	0,214	0,211	0,209	0,207	0,205	0,205

Annahme: in (ab) Periode 1 wechselt einmalig (jährlich) die älteste Erwerbskohorte vorzeitig in den Ruhestand und bezieht eine um 10 Prozent niedrigere Rente im Vergleich zu einem regulären Rentenzugang.

Quelle: Pimpertz, Jochen, 2022, „Versicherungsmathematisch faire“ Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug – eine systematische Betrachtung der Budget-, Belastungs- und Anreizneutralität, in: IW-Trends, 49. Jg., Heft 4, <https://www.iwkoeln.de/studien/jochen-pimpertz-versicherungsmathematisch-faire-abschlaege-bei-vorgezogenem-rentenbezug-eine-systematische-betrachtung-der-budget-belastungs-und-anreizneutralitaet.html>

Anhang 2

Statistik und Statik der Alterssicherung

Statik der Alterssicherungsarchitektur

Indikatorik – individuell und haushaltsbezogen

Aussagen über ...	Sicherungsniveau/ Verbreitungsgrad	Armutsgefährdung	Grundsicherung (Armut)
Gesetzliche Rente	Sozialversicherungs- pflichtiger AN	Haushaltskontext	Haushaltskontext
Betriebliche Versorgung			
Geförderte Privatvorsorge			
Andere Alterseinkommen			
Vermögen (Immobilien, kapitalbildende LV etc.)			
			